Zeitschrift: Zivilschutz = Protection civile = Protezione civile

Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband

Band: 9 (1962)

Heft: 6

Rubrik: Was wir wissen müssen : Waffen die uns bedrohen!

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 17.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Was wir wissen müssen:

WAFFEN DIE UNS BEDROHEN !

Was können wir aus der Kuba-Krise lernen?

Die drohende Realität!

Mit aller Deutlichkeit haben wir auch in der Schweiz die unmittelbare Nähe jener Bedrohung und Gefahren mitempfunden, die sich im karibischen Raume Ende Oktober zusammenballten und zur Folge hatten, dass Präsident Kennedy seinen historischen Entschluss, der herausfordernden Gewalt mit Gewalt zu begegnen, bekanntgab. In der Theorie und aus den Abhandlungen von Militärwissenschaftern wusste man zwar schon längst, dass jeder Konflikt, der zwischen den USA und der Sowjetunion entsteht, alle Völker und alle Staaten infolge einer globalen Schicksalsverbundenheit in den Wirbel der Auseinandersetzungen miteinbeziehen würde. Die konkret spürbare grosse Nähe einer solchen Gefahr liess sozusagen «über Nacht» die vorher für die meisten Menschen sehr fernliegenden theoretischen Möglichkeiten eines Krieges erstehen. Eine zwar verschwommene aber dennoch reale Bedrohung war plötzlich Wirklichkeit geworden. Für eine kurze Zeit wurde die freie Welt aus ihrer irrealen Illusion des Friedens, die durch das Wunschdenken einer in Hochkonjunktur fiebernden Masse täglich gut genährt wird, herausgezerrt. Hamsternd sorgten sich die aufgescheuchten Gemüter um ihr täglich Brot, als die amerikanischen Streitkräfte auf der ganzen Welt in höchste Alarmbereitschaft gesetzt wurden und Bertrand Russel bereits den Untergang Englands prophezeite.

Entsetzt und erschreckt die einen, überrascht und nervös die andern, dachten Millionen von Menschen plötzlich über das scheinbar nicht Ausdenkbare nach. Kahns militärwissenschaftliches Werk über den thermonuklearen Krieg wurde plötzlich wieder sehr aktuell. Was vielfach vor jenen Oktobertagen als unmögliche gedankliche Spielerei eines Militärwissenschafters angesehen wurde, verwandelte sich mit logischer und brutaler Konsequenz in eine drohende Realität. Für wieviele Behörden, Dienststellen und Wehrkommandos wäre es wohl zu spät gewesen, wenn die Geschichte die Bewährungsprobe gefordert hätte?

Wie steht es um unseren Zivilschutz? Wie steht es um unsere Luftverteidigung?

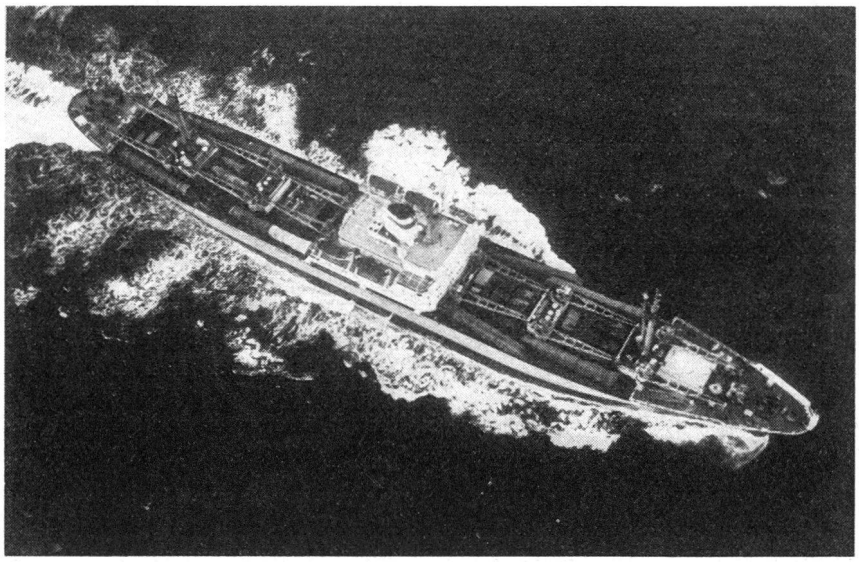
Die biblische Geschichte der Arche Noah sollte uns im Zusammenhang und in gedanklicher Verbindung mit einem solchen Fingerzeig, wie er uns durch die kubanische Krise gegeben wurde, nicht nur nachdenklich stimmen, sondern veranlassen etwas Mutiges rasch zu tun. Die «Sintflut» eines dritten Weltkrieges könnte über uns hereinbrechen, bevor wir in die rettenden, gut organisierten und modern ausgebauten Archen des Zivilschutzes zu flüchten vermöchten.

Die Kuba-Krise als Symbol der intellektuellen Dekadenz!

Es lohnt sich heute, einige Ueberlegungen anzustellen, was sich in Kuba ereignet hat und welcher innere Zusammenhang diese Krise mit der weltweiten geistigen Auseinandersetzung zwischen echter Freiheit und verlogener Machtpolitik eines marxistisch-leninistischen Systems aufweist.

Kuba, Berlin, Vietnam, Indien, Korea usw. sind offensichtlich keine Konflikte mit einem terminierenden Selbstzweck, sondern sie sind nur Mittel zum Zweck, sozusagen vorlaufende Bewegungen für eine kommende endgültige Auseinandersetzung der beiden grossen Machtblöcke dieser Welt. Wie auch immer diese letzte Phase des Kampfes herauskommen mag, die gegenwärtigen Vorbereitungen hiefür sind nicht nur auf militärischem, sondern auch auf dem politischen und geistigen Sektor erkennbar. Die sich selbst aufgelegte relativ starke Zurückhaltung der Grossmächte beginnt langsam zu zerfallen. Die Sowjetunion hat sich um die Weltmeinung nicht gekümmert, als sie einseitig das Nuklearwaffen-Testmoratorium brach. Kennedy hat nicht gezögert, die unumstösslichen Rechte der Schiffahrt durch seine Blockademassnahmen, die er bezeichnenderweise «Quarantäne» nannte, zu verletzen. Das moralische Ansehen in der UNO wird entwertet. Selbst jene ehemals «moralische Grossmacht» Indien hat die eigene und auch moralische Kraft der UNO zu Fall gebracht, als sie Goa überrannte. Die Rechnung für jene feige Tat wird übrigens Indien bereits heute schon präsentiert! Es liessen sich noch viele weitere Beispiele anführen, die den innern geistigen Zerfall dieser Weltorganisation vorbereiten. Der demokratische Mantel, der mancherorts als Täuschung umgelegt wurde, fällt bereits da und dort in dem Masse weg, als monolithische Staaten sich an die brutale Gewalt haltend, auch vor dem Unrecht nicht mehr zurückschrecken, wenn dieses als geeigneter Weg für die eigene Machtbehauptung angesehen wird.

Es ist offensichtlich, dass der Pragmatismus sowjetischer, indischer oder auch amerikanischer



Sowjetisches Transportschiff «Anosov», das am 6. November Kuba verliess, um 8 ballistische Lenkwaffen in die Sowjetunion zurückzuführen.

Prägung die Welt zu beherrschen beginnt. Es wäre überheblich, wenn wir diese intellektuelle Dekadenz nicht auch bei uns selbst erkennen würden. Der militärische Pragmatismus Europas ist nur deshalb weniger sichtbar, weil er vom wirtschaftlichen und politischen Pragmatismus völlig beherrscht wird. Selbst die christlichen Religionen stehen bereits mit einem Bein auf dem Boden eines moralpolitischen und pastoraltheologischen Pragmatismus.

Wenn man mancherorts pragmatisch nur im Sinne des auf Tatsachen beruhenden Handelns erfasst und damit nur eine Sach- und Fachkundigkeit in den Vordergrund schiebt, so gehört dies eben bereits auch zu jener Grundeinstellung, die die oben erwähnte Dekadenz der UNO bewirkt. Das wahre Gesicht des Pragmatismus ist erkennbar, wenn man weiss, dass es sich hier um jene gefährliche Abart des Relativismus handelt, die behauptet, die Wahrheit werde nicht am Gegenstand, sondern an einer anderen Norm gemessen. Diese andere Norm ist die Frage nach der Nützlichkeit; ist eine Erkenntnis, dem angestrebten (guten oder schlechten) Ziele förderlich, ist das «Pragma», d. h. das Tun fruchtbar, so ist die Erkenntnis bereits wahr und das Tun richtig, mag dies mit der Wirklichkeit übereinstimmen oder nicht. Eine allgemein gültige Wahrheit gibt es für den Pragmatiker nicht, da, was dem einen nützlich ist, dem anderen schaden kann. Der Schaden, der dem andern zugefügt wird, ist aber nebensächlich und völlig unwesentlich, solange der Erfolg dadurch nicht beeinträchtigt wird.

Die Wahrheit wird durch den Begriff Nützlichkeit vertauscht. Die Nützlichkeit richtet sich ihrerseits nach dem Erfolg. Nicht Recht oder Unrecht ist massgebend für das Handeln solcher Menschen und jener Staaten, die mehrheitlich durch Pragmatiker regiert werden, sondern der sofortige Erfolg, der einer Handlungsweise beschieden ist. Damit kommen wir zum geistigen Ausgangspunkt zurück, der auch für die Kuba-Krise letztendlich massgebend ist. Wenn der Erfolg als allgemeingültiger Wertmasstab für das Handeln angesprochen wird, dann kann auch die Gewalt das Unrecht fördern, und durch den Erfolg, den sie hat, sich zur «guten Tat» verwandeln.

So kann die Lüge zur Wahrheit werden und die Gemeinheit zur Heldentat!

Dieser bedenklichen, neuaufflammenden Geistesrichtung «gut ist, was nützt», muss mit einer mindestens ebenso kraftvollen Medizin begegnet werden, soll der völlige Zerfall der christlichen Normen verhindert werden. Wenn die kulturelle Entwicklung nur am Aeussern hängen bleibt und nicht den Geist durchdringt, und die Demokratie nur noch ein Mantel ist, unter dem sich die Willkür der Gewalt und Macht versteckt, so wird das heutige freiheitliche politische Bild verschwinden. Nackte Gewalten werden sich konfrontieren und die geschichtlichen Handlungen bestimmen.

Die Grossmächte, die Blockpolitik und die Neutralen

Die brutale Anwendung der Gewalt wird dazu führen, dass die grossen Machthaber dieser Welt die zurückhaltenden Stimmen ihrer Alliierten und Satelliten überhören müssen. Die Führer der Machtblöcke werden wohl oder übel die schwankenden Freunde opfern, wenn deren Beitragsbilanz zum Machtkampf negativ ist. So könnten selbst ganze Kontinente zu blossen Schachfiguren in den Händen der «Grossen» absinken. Europa zum Beispiel, könnte sehr wohl dieses Schicksal widerfahren, denn seine militärische Macht entspricht nicht der allgemeinen Machtstellung, die es einzunehmen wünscht. Für diesen Fehler ist Europa selbst verantwortlich, da seine ganze Wehrrüstung seit Kriegsende dauernd unter dem Zeichen des Zögerns und der Kräftezersplitterung stand. Es sind heute in Europa keine oder höchstens sehr bescheidene Anzeichen vorhanden, die auf eine systematische und mutige Eroberung des Weltraumes ausgehen. Engstirnig und ängstlich verkriecht sich das europäische Raumprogramm hinter «friedlichen», d. h. rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten der «Geldbeutel-Politik», als ob jene, welche heute Weltpolitik treiben, sich an diese Spielregeln des Gentleman halten würden. Die Tatsache — die unleugbare Tatsache —, dass das heutige Europa militärisch nichts anderes mehr ist, als ein Vorfeld, auf dem Stopeldrähte gespannt sind, während es mit seinen über 250 Millionen Menschen eine Bastion der freiheitsliebenden Macht sein könnte, hat sogar Grossbritannien anlässlich der Kuba-Krise als sehr bittere Pille schlucken müssen. Es ist wahrscheinlich, dass der Kampf um die Welt in einigen Jahren mit einer weiterhin abnehmenden amerikanischen Einflussgrösse in Europa geführt wird, wobei zahlreiche, nicht-nukleare Konflikte das Macht-Geplänkel der beiden Grossen charakterisieren wird, bis es zu einer Rom-Karthago-Entscheidung kommt. Der einzige wirklich massgebende Regulator dieses Machtkampfes ist durch die Realitäten der Wirkungen moderner Waffensysteme der Luft- und Raumkriegführung gegeben. Nur jene politischen Führer, die heute erkennen, wie man die Macht der Luft- und Raumkriegwaffen politisch manipuliert, haben Chancen, dass sie in Zukunft noch angehört werden, und auch nur dann, wenn solche Wehr-Elemente im Kreise jener, die die Machtpolitik des einen oder anderen Machtblockes formen, genügend schwer wiegen. Wer nicht genügend militärisches Gewicht auf dem Sektor Luft- und Raumkriegführung besitzt, wird als Kanonenfutter ausgenützt und als teilnehmender Machtfaktor ausgestossen und fallengelassen. Wer diese Entwicklung nicht sehen will, verkennt die Brutalität, mit welcher dieser Machtkampf geführt werden muss. Auch die neutrale Schweiz wird in ihrer Wehrpolitik den Weg der unabhängigen modernen Luftrüstung wählen müssen, ansonst sie mit grosser Wahrscheinlichkeit zu jenen Staaten zählen wird, die zwischen den Kraftfeldern der beiden Grossen zermalmt werden.

Wer in unserem Lande den Schutz der Zivilbevölkerung ernst nimmt, darf deshalb den Zivilschutz nicht von der Luftverteidigung und der Luftkriegführung trennen. Die nukleare Rüstung unserer Flieger- und Flabtruppen, die Umstellung auf eine kombinierte aerodynamisch-ballistische Luftmacht darf ebensowenig verzögert werden, wie der Ausbau und die Organisation unserer Zivilverteidigung. Die Tatsache, dass ein Staat ohne Luftmacht heute ohnmächtig ist, dürfte vielleicht für uns die tiefste Erkenntnis sein, die aus der Kuba-Krise gezogen werden kann.

Die strategischen Aspekte des Kuba-Konfliktes

Obwohl die Annahme, in Kuba könnten sowjetische ballistische und aerodynamische Lenkwaffen mittlerer Reichweite zum Einsatz gelangen, im Rahmen der amerikanischen Luftwaffenplanung seit geraumer Zeit durch zahlreiche Kriegsspiele und operative Studien unter Beizug elektronischer Rechenmaschinen, genau analysiert worden ist, wurden Mitte Oktober, als man die ersten «cherry-pickers» * auf sowjetischen Schiffen entdeckte, die Risiken einer amerikanischen Intervention im karibischen Raume erneut und umfassend mathematisch durchkalkuliert. Bei diesen zahlreichen operativen Studien ergab es sich, dass unter Berücksichtigung einer grossen Variation von ablaufenden Aktionsmöglichkeiten, jene Fälle, die zu einem Nuklearkrieg führen könnten, in der Minderzahl waren. Wahrscheinlich haben die

* « cherry-pickers » werden jene fahrbaren Metall-Leitergerüste genannt, mit denen Wartungspersonal an senkrecht gestellten Lenkwaffen emporgehoben werden, um gewisse Handhabungen vor dem Start durchführen zu können.

Russen ähnliche systematische Untersuchungen angestellt und sind dabei auf ähnliche Ergebnisse gestossen, weshalb für sie ein solcher Schritt auch kein allzugrosses Wagnis darstellen konnte.

Die massgebende Grundlage, warum der Kuba-Konflikt mit grösster Wahrscheinlichkeit nicht zu einem nuklearen Weltkrieg führen konnte, war der ausgesprochene Mangel der Russen an interkontinentalen Lenkwaffen und Flugzeugen. In zweiter Linie lag das Operationsgebiet Kuba für die Sowjets zu weit weg, um mit nur konventionellen Mitteln erfolgversprechend vorgehen zu können. An dritter Stelle ist die sowjetische Unterlegenheit an Marinestreitkräften mitbestimmend gewesen.

Trotzdem ist es angezeigt, darauf hinzuweisen, dass diese operativen Studien die Möglichkeit eines nuklearen Konfliktes nicht völlig ausschlossen. Bekannte amerikanische Institute für operative Verfahrensforschung ermittelten, dass von 17 verschiedenen Annahmen, wie der Kuba-Konflikt hätte ablaufen können, deren 5 zu einem Weltkrieg führen mussten. Das Risiko, das Präsident Kennedy auf sich nahm, war deshalb nicht klein, und die hohe Alarmbereitschaft, in die die amerikanischen Streitkräfte versetzt wurden, wird mehr wie verständlich. Die Sowjets hatten deshalb nicht völlig Unrecht, wenn sie darlegten, dass die Verhängung der Quarantäne durch Kennedy die Kriegsgefahr noch stärker erhöhte, wie ihre eigene rücksichtslose vorgängige Lenkwaffen- und Flugzeuglieferung an Kuba. Der politische Wunsch von Kennedy und seiner Administration, einerseits kein Zeichen der Schwäche zu geben, und anderseits trotzdem, wenn möglich, eine Invasion Kubas zu vermeiden, ergab eine Lösung, die militärisch gesehen den geringsten Risiken entsprach, obwohl damit eine akute Gefahr verbunden war, wie sie seit dem letzten Krieg nicht mehr bestand. Was jedoch überraschend war, ist die Tatsache, dass die USA so lange zuwarteten, bis sie die bekannte Quarantäne-Massnahmen der US Navy und die systematische Luftüberwachung der US Air Force anordneten. Warum wurde der Schiffstransport dieser ballistischen Lenkwaffen und IL-28-Bomber nicht schon auf der Hinfahrt nach Kuba unterbunden? Die Hauptschwierigkeiten lagen wohl darin, dass damit kein genügender Beweis für die offensiven Absichten der Sowjets gegeben werden konnten. Vermutlich hätten nicht einmal die Alliierten der USA eine solche Massnahme gebilligt, geschweige denn die übrigen amerikanischen und afro-asiatischen Staaten, denn der photographische Bildbeweis in Form einiger auf Schiffsdeck unter Plachen gedeckten, langgestreckten Körper konnte tatsächlich als ungenügend angesehen werden. Der Beweis musste sozusagen «in flagranti» erbracht werden, sollte er in der UNO jene Wirkung erzielen, die notwendig war, um auch die Neutralisten zu überzeugen. Diesen Beweis lieferten dann später die amerikanischen Luftaufklärungsstaffeln eindeutig, und Präsident Kennedy war von dieser Leistung so begeistert, dass er die Piloten und den Luftbildauswerter ins Weisse Haus einlud.

Man wird sich nun fragen, warum haben die Russen diese gefährlichen Schritte unternommen? War er überhaupt militär-strategisch notwendig?

Es dürfte ausser Zweifel stehen, dass die Sowjetunion in erster Linie ihre Machtstellung auch im amerikanischen Interessenraum unter Beweis stellen wollten, um damit die Welt zu beeindrucken. Parallel dazu hofften sie den Ausbau des Lenkwaffen- und Flugzeugträgers «Kuba» in so kurzer Zeit beendet zu haben, dass die USA vor eine vollendete Tatsache gestellt werden konnten.

Die amerikanische Fernwaffenrüstung hat mit den Atlas-, Titan- und Minuteman-Programmen in den letzten Monaten einen derart grossen Aufschwung genommen, dass die Sowjetunion erkennen musste, wie stark sie auf diesem Gebiete in den 2—3 kommenden Jahren in Rückstand kommen würde, wenn es ihr nicht gelänge, vorgeschobene Stützpunkte zu besetzen, von denen aus auch Waffensysteme kürzerer Reichweite, d. h. kontinentale Raketen und mittlere Bomber, gegen den nordamerikanischen Subkontinent eingesetzt werden konnten. Es ist bekannt, dass die UdSSR auf dem Gebiete der Waffensysteme mittlerer Reichweite relativ stark ist — eine Stärke, die aber ohne vorgeschobene Stützpunkte nicht direkt gegen den Hauptgegner zum Tragen gebracht werden kann.

Mit dem Stützpunkt Kuba konnten sich die Sowjets bis auf wenige hundert Kilometer an die strategisch wichtigen USA-Räume um den Golf von Mexiko heranschieben. Moskau hat seine Raketenstützpunkte in Kuba nun anscheinend wieder abgebrochen, doch ist damit die potentielle Gefahr keineswegs gebannt. Selbst die bereits aktuelle Gefahr eines U-Boot-Stützpunktes eröffnet im Hinblick auf die wachsende Zahl sowjetischer Lenkwaffen-Nuklear-U-Boote den Sowjets neue operative Möglichkeiten. Mit dem Abzug der erkannten Mittelstreckenraketen und IL-28-Bomber haben die Sowjets einen Vorteil eingehandelt, nämlich Kennedys Versprechen, niemals amerikanische Streitkräfte gegen Kuba einzusetzen. Damit sitzt nun Moskau auf Kuba relativ sicher im Sattel und kann im geheimen weitere Vorbereitungen treffen. Moskau ist ja jetzt völlig frei, Fidel Castro militärisch «defensiv» zu stützen und geniesst sogar einen indirekten Schutz von seiten der USA! Dieses Versprechen von Kennedy steht zwar im ausdrücklichen Widerspruch zur Monroe-Doktrin, wonach nämlich keine europäische Macht die Erlaubnis erhält, in der westlichen Hemisphäre ihr «System» aufzubauen. Vor der Kuba-Affäre hatte Castro keine derartige Sicherheit, wie er sie heute geniesst, und Moskau ist seinerseits ebenfalls relativ sicher, dass es seinen wichtigen Flugzeugträger «Kuba» im Kriegsfalle benützen kann. Moskau ist aber auch befriedigt, dass Kuba als elektronisches Nachrichtenzentrum bestehen bleibt, und je nach Wunsch noch ausgebaut werden kann, ohne dass die USA störend eingreifen können.

Die militärstrategische Lage der Exil-Kubaner ist damit ebenfalls erschüttert worden, denn sie befinden sich jetzt nicht nur in einer anormalen, sondern auch hoffnungslosen Situation. Eine Rückeroberung von Kuba ohne amerikanische Hilfe dürfte im Hinblick auf die massive Aufrüstung der kubanischen Streitkräfte mit modernsten sowjetischen Waffen praktisch völlig aussichtslos sein. Die Hoffnung, die diese Leute auf eine mindestens moralische und materielle Unterstützung durch die USA gehegt haben, ist für den jetzigen Zeitpunkt verloren.

Es werden aber auch Meinungen laut, die den sowjetischen Rückzug aus Kuba als grossen amerikanischen Sieg feiern. Es wurde sogar der Vergleich mit dem Rückzug Napoleons im Jahre 1812 gezogen. Man sagt, damals habe jener Rückzug das Ende der napoleonischen Eroberungen eingeleitet, während der jetzige Rückzug der Russen aus Kuba das Ende der sowjetischen Expansion in der westlichen Hemisphäre bedeute.

Für die Pessimisten, denen der kommunistische Vormarsch ebenso unaufhaltbar vorkommt, wie ein stetig wachsender Gletscher, ist die amerikanische Intervention anlässlich der Kuba-Krise kaum mehr als ein sanfter «body check», von dem sich die UdSSR bald durch eine weitere Aggression als Vergeltung für die vorübergehend unwohle Lage rächen wird. Für die Optimisten, die bereits wieder in utopischen Gedanken leben, kaum dass der Rauch der zurückfahrenden russischen Transportschiffe verweht ist, bedeutet der Kuba-Konflikt den Anfang wirklicher und positiver Verhandlungen zwischen den USA und der UdSSR mit sicheren Aussichten für eine baldige und möglichst totale Abrüstung.

Warum die Sowjets plötzlich den Rückzug ihrer Raketen- und Bom-

benstreitkräfte anordneten, ist eine Frage, die auf verschiedenste Weise beantwortet werden kann.

Eine logische Antwort erteilte der bekannte amerikanische Militärschriftsteller Brig.-General S. L. A. Marshall. Er sagt: «Ich sehe eine logische Hypothese. Die harte Wahl, die die Sowjets zu treffen hatten, lag zwischen drei Möglichkeiten. Entweder auf diese im Gesamtrahmen des Weltgeschehens relativ unwichtige Vorpostenstellung Kuba vorübergehend verzichten und den Rückzug blasen, oder mit einem grossen strategischen Nachteil einen Krieg beginnen, oder das Ansehen und das ‚Gesicht' verlieren. Es war klar, dass die USA die Raketenbasen und die IL-28-Bomber entweder aus der Luft vernichten oder durch eine Invasion in Besitz nehmen würden, falls die Sowjetunion diese Kampfmittel nicht zurückziehen würde. Die Russen hatten früher erklärt, sie würden Castro helfen, falls Kuba von den US-Streitkräften angegriffen wäre. Der Gedanke, dieses Versprechen unter dem Drucke der amerikanischen Drohungen nicht einhalten zu können, war für die Sowjets unerträglich.

Hätte es für die USA einen anderen Weg gegeben — kraftvollere Massnahmen, als jene der Quarantäne — ohne dass es zu einem Krieg gekommen wäre? Es ist dies bestimmt eine gute ‚post festum' Frage!»

J. R. Lécher

Zivilschutz und Rettungsboote

Ein aktueller Vergleich aus England

Das englische Blatt «Harvard Crimson» veröffentlichte kürzlich den hier wiedergegebenen Leserbrief, in welchem ein frei erfundenes «Komitee für vernünftige Navigationspolitik» in ironischer Form die Ansichten jener aufs Korn nimmt, welche sich jeglicher Zivilschutz-Bereitschaft widersetzen.

«Wir haben erfahren», schreibt das «Komitee», «dass gewisse Elemente unter den Passagieren und der Mannschaft unseres Schiffes sich anschicken, dieses mit Rettungsbooten auszurüsten. Sie begründen ihr Vorhaben damit, dass diese Massnahme beitragen könne zur Rettung von Menschenleben im Falle einer Schiffskatastrophe, wie z. B. beim Zusammenstoss mit einem Eisberg.» Auch wenn wir ihre Besorgnisse vollauf teilen, müssen wir doch jeglichen Gedanken an eine derartige Massnahme aufs entschiedenste zurückweisen aus folgenden Gründen:

1. Eine solche Massnahme würde Ihnen, verehrte Mitpassagiere, ein Gefühl von Sicherheit einflössen, die es gar nicht gibt.
2. Sie würde unnötige Angst hervorrufen und Ihnen jegliche Lust auf eine Fortsetzung der Reise mit diesem Schiff vergällen.
3. Sie ist ein Ausdruck mangelnden Vertrauens in unsern Kapitän.
4. Die vermeintliche Sicherheit, welche Rettungsboote gewährleisten, würde unsere Steuerleute zur Tollkühnheit verleiten.
5. Ein solcher Vorschlag hätte zur Folge, dass wir das allerwichtigste vergessen, nämlich Schiffe zu bauen, die nicht sinken können. Unsere Schiffsbauer könnten dazu verleitet werden, beim Bau von Schiffen am falschen Ort zu sparen und Fahrzeuge vom Stapel zu lassen, die zu benützen ganz einfach unverantwortlich wäre.
6. Im Falle eines Zusammenstosses mit einem Eisberg (was wir selbstverständlich nach Möglichkeit zu vermeiden trachten) werden die Rettungsboote ohne Zweifel samt dem Schiff untergehen.
7. Falls dies nicht zuträfe, würde Ihre Rettung nur bedeuten, dass Ihrer ein noch schlimmeres Schicksal harrt: der sichere Tod auf offener See.
8. Sollten Sie zufällig am Strand einer öden Insel an Land gespült werden, dann könnten Sie die ungewohnten und widerwärtigen Verhältnisse ohnehin nicht ertragen und daher vor Erschöpfung zugrunde gehen.
9. Und würden Sie schliesslich doch noch gerettet durch ein vorbeifahrendes Schiff, so müssten Sie den Rest Ihrer Tage damit zubringen, den Verlust Ihrer Lieben, die mit Ihnen an Bord waren, zu betrauern.
10. Die Panik, welche entsteht bei einer Kollision mit einem Eisberg, bringt augenblicklich alles zum Verschwinden, was mit zivilisiertem menschlichen Benehmen zu tun hat. Uns schaudert beim blossen Gedanken an einen Menschen, der einen andern niederknallt, um sich einen Platz in einem Rettungsboot zu ergattern.
11. Eine derartige Katastrophe ist etwas so Entsetzliches, dass man nicht einmal daran denken mag. Es ist somit klar, dass derjenige, der dies tut, bereits dazu beiträgt, sie hervorzurufen.

Der Direktor des Bundesamtes für Zivilschutz im Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement

Die Bundeskanzlei hat Freitag, 21. Dezember, folgendes Communiqué veröffentlicht:

Der Bundesrat hat in seiner heutigen Sitzung als Direktor des auf den 1. Januar 1963 neu zu errichtenden Bundesamtes für Zivilschutz Herrn Ernst Fischer, geboren 1905, von Rümikon AG, gewählt.

Vor dem Eintritt in die Bundesverwaltung stand Herr Fischer mehr als fünfundzwanzig Jahre in leitender Stellung in Buchdruckunternehmen. Als Beauftragter des Internationalen Roten Kreuzes leitete er 1956/57 in der Aktion Ungarn die Delegation Budapest. Im Februar 1959 wurde er auf den neugeschaffenen Posten eines Beauftragten für Zivilschutz berufen, und seit dem 1. Januar 1962 ist er gleichzeitig interimistischer Chef der Abteilung für Luftschutz des Militärdepartements. Im Militär bekleidet er den Grad eines Obersten i. Gst.

Herr Fischer hatte massgeblichen Anteil an der Ausarbeitung des Zivilschutzgesetzes, und ihm oblag auch die Schaffung des zurzeit vor den eidgenössischen Räten liegenden Entwurfes zu einem Bundesgesetz über bauliche Massnahmen im Zivilschutz.

Der Schweizerische Bund für Zivilschutz und seine Sektionen gratulieren dem Direktor des Bundesamtes für Zivilschutz zur ehrenvollen Wahl und freuen sich auf eine gute Zusammenarbeit im Dienste des gleichen Zieles, dem Ausbau eines kriegsgenügenden Zivilschutzes als ein starkes Kettenglied unserer totalen Abwehrbereitschaft.

Der Direktor des Bundesamtes für Zivilschutz im EJPD erklärte anlässlich seiner Wahl: «Den Schutz unserer Zivilbevölkerung vor den Auswirkungen des Krieges und vor den Folgen von Katastrophen weiter ausbauen zu dürfen, ist eine grosse und schöne Aufgabe, der ich mich mit Freude unterziehe. Es ist ein Dienst an unserem Volke, den ich gerne leiste und in dem ich mich unterstützt weiss von den kantonalen Regierungen, von den Behörden der Städte und Gemeinden wie auch von den Leitern der Verwaltungen und Betriebe, aber auch von allen einsichtigen Frauen und Männern.»